

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXVI. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1963

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	363
Die Diskriminierung der gewerblichen Exporte Österreichs in der EWG	369
Die Entwicklung der Verbraucherpreise seit 1958	386
Anhaltende Zunahme der Schweineproduktion	394
Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1962/63	397

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Konjunkturbelebung hält an — Industrieproduktion 4½%, Exporte 7%, Ausländer-Übernachtungen und Einzelhandelsumsätze je 10% höher als im Vorjahr — Maschinelle Investitionen noch immer schwach — Verstärkter Preis-Lohn-Auftrieb — Bildung eines Wirtschafts- und Sozialpolitischen Beirates — Budgetdefizit 1964 3·9 Mrd. S

Die leichte Belebung der Konjunktur hielt zu Herbstbeginn an. Die Industrieproduktion wuchs etwas kräftiger als in den letzten eineinhalb Jahren, das freundliche Herbstwetter begünstigte die Außenarbeiten in saisonabhängigen Zweigen. Starke Impulse gehen von der zum Teil sehr lebhaften Nachfrage der privaten Haushalte nach Gütern und Leistungen aller Art aus. Auch im Export wurden wieder etwas höhere Zuwachsraten erzielt. Der Ausländer-Fremdenverkehr hatte eine bessere Sommersaison als nach den mäßigen Ergebnissen in den ersten Monaten des Jahres erwartet werden konnte. Der schwache Punkt der heimischen Konjunktur ist nach wie vor die Investitionstätigkeit. Bisher liegen keine Anzeichen vor, daß die Industrie wieder mehr zu investieren beginnt. Die Baisse auf dem Aktienmarkt hält an. Der Preis-Lohn-Auftrieb hat sich im Herbst verstärkt, dürfte aber seinen Höhepunkt bereits erreicht haben. Die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, das Budget 1964 mit den konjunktur- und strukturpolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Der Finanzminister brachte wenige Stunden vor Ablauf der verfassungsmäßigen Frist am 22. Oktober das *Bundesfinanzgesetz 1964* im Parlament ein. Die Gesamtausgaben des Bundesbudgets 1964 wurden mit 60·1 Mrd. S, die Einnahmen mit 56·2

Mrd. S veranschlagt. Die Ausgaben sind um 3·9 Mrd. S (6·7%) höher als im Vorjahr, die Einnahmen um 3·3 Mrd. S (6·2%) höher als im Vorjahr. Da das rechnungsmäßige Defizit Schuldentilgungen in Höhe von 1·8 Mrd. S enthält, ist das *konjunkturpolitisch wirksame Defizit* mit rund 2 Mrd. S annähernd gleich hoch wie im Jahre 1963. Vom Budget werden daher auch 1964 konjunkturfördernde Impulse ausgehen. Dagegen wird die *Finanzierung* des voraussichtlichen Gesamtdefizites (3·9 Mrd. S) schwierig sein.

Auf dem *Arbeitsmarkt* wurde im September die Saisonwende erreicht. Die Zahl der Beschäftigten stieg noch um 2·400, gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit bereits um 3·000 zu. Ende September beschäftigten Wirtschaft und Verwaltung 2·400·400 Arbeitnehmer, um 5·500 mehr als im Vorjahr. Davon waren 123·400 Land- und Forstarbeiter (—7·500). 35·500 Personen suchten Arbeit, um 2·000 mehr als im Vorjahr (im August hat der Abstand nur 900 betragen). Der Zuwachs an Arbeitsuchenden beschränkte sich wie in den Vormonaten ausschließlich auf Frauen (+2·200). Die Männerarbeitslosigkeit war noch geringer als im Vorjahr. Es gab weniger Arbeitsuchende unter den Saisonarbeitern und Textilarbeitern, aber etwas mehr in den meisten anderen Berufen (vor allem unter den Bekleidungsarbeitern, Bürokräften und Metallarbeitern). Der anhaltend hohe Kräftebedarf spiegelt sich im Stellen-

angebot Die Zahl der offenen Stellen stieg im September um 900 auf 52.600 und war um 3.200 höher als im Vorjahr. In der ersten Oktoberhälfte ließen vor allem Freisetzungen von Saisonarbeitskräften im Fremdenverkehr die Zahl der Arbeitsuchenden um 5.400 auf 41.000 steigen. Sie war aber trotz der fortgeschrittenen Jahreszeit noch niedriger als das Stellenangebot. Sollte das Herbstwetter mild und trocken bleiben, werden heuer mehr Rohbauten unter Dach und Fach gebracht werden als im Vorjahr. Dadurch können im Winter mehr Arbeitskräfte mit Innenarbeiten beschäftigt werden.

Arbeitsmarkt

	Stand	Ende September 1963	
		Veränderung gegen Vormonat	
1 000 Personen			
Beschäftigte	2 400 4	+ 2 4	+ 5 5
Arbeitsuchende	35 5	+ 3 0	+ 2 0
Offene Stellen	52 6	+ 0 9	+ 3 2

Die leichte Belebung der *Industriekonjunktur*, die sich seit Mai abzeichnet, hält an. Im August war die Produktion je Arbeitstag um 4,5% höher als im Vorjahr. Es wurden um 7,7% mehr Konsumgüter, um 2,2% mehr Investitionsgüter und um 6% mehr Bergbauprodukte und Grundstoffe erzeugt. Unter dem Eindruck der etwas günstigeren Konjunktur zögern die Unternehmungen, weitere Arbeitskräfte freizusetzen. Die Zahl der Industriebeschäftigten nahm im August (vorwiegend saisonbedingt) zu, war aber noch um 11.200 (im Juli um 12.900) niedriger als im Vorjahr.

Von den 23 Branchenindizes der Industrie waren im August 16 höher und nur 7 niedriger als im Vorjahr. Der Bergbau (+8%) förderte im Sommer überraschend viel Braunkohle und füllte seine Halden wieder auf. In der Magnesiterzeugung (-14%), die hauptsächlich von der Stahlkonjunktur abhängt und erfahrungsgemäß besonders heftigen Konjunkturschwankungen unterliegt, scheinen sich Auftragslage und Produktion auf niedrigerem Niveau zu stabilisieren. Die Investitionsgüterindustrien erhielten von der lebhaften Bautätigkeit und teilweise auch vom Export Impulse. Die Nachfrage (vor allem der Industrie) nach maschinellen Investitionsgütern blieb schwach. Fertige Investitionsgüter wurden um 2,4% und Baustoffe um 9,9% mehr, Vorprodukte um 1,6% weniger erzeugt. Die Eisen- und Stahlindustrie (-0,8%) produzierte dank dem Mehrbedarf der Bauwirtschaft trotz einem neuerlichen Exportrückgang (-14%) ebensoviel wie im Vorjahr. Von den übrigen Investitionsgüterindustrien erzielten Metallerzeugung (+5%), Eisen- und Metallwaren (+4%) sowie Maschinen-, Stahl- und

Eisenbau (+17%) Produktionszuwächse, Gießereien (-16%), Fahrzeug- (-13%) und Elektromaschinenenerzeugung (-5%) erlitten zum Teil stärkere Einbußen. Die Konsumgüterproduktion wuchs in fast allen Sparten, am stärksten in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+14%). Verbrauchsgüter wurden um 9,5%, langlebige Konsumgüter um 5% und Bekleidungsgegenstände (vor allem Schuhe und Textilien) um 3,2% mehr erzeugt als im Vorjahr. Besonders auffallend ist die kräftige Erholung der Papierindustrie (+8%), die sich im Export wieder stärker durchzusetzen vermag. Aus dem Rahmen fiel nur die Bekleidungsindustrie (im engeren Sinne), die hauptsächlich infolge von Betriebsurlauben um 10% weniger erzeugte als im Vorjahr.

Industrieproduktion

	1963	
	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr		
%		
Bergbau und Grundstoffe	+4 3	+6 2
Elektrizität	-3 9	-5 4
Investitionsgüter	-2 3	+2 2
Konsumgüter	+8 9	+7 7
Insgesamt	+3 0	+4 5

In der *Landwirtschaft* litten Feldfrüchte und Futterpflanzen unter der Trockenheit im Juli und August. Dank ausreichenden Niederschlägen im September konnten jedoch größere Schäden vermieden werden. Der Ertrag an Spätkartoffeln war nach der Vorschätzung vom August um 8% niedriger als 1962. Der starke Rückgang der Kartoffelpreise in den letzten Monaten (sie waren im III. Quartal um zwei Drittel bis zur Hälfte niedriger als im Vorjahr) läßt jedoch vermuten, daß der Vorjahresertrag zumindest erreicht, wenn nicht überschritten wurde. Auch die Weinernte befriedigte in Menge und Qualität. Der Anbau auf dem Ackerland, den die Kammern in den letzten Jahren nur grob geschätzt hatten, wurde heuer genauer erhoben. Danach wurde mehr Gerste (+19%), Weizen (+2%), Hafer (+1%) und Zuckerrüben (+2%), aber weniger Roggen (-25%), Körnermais (-8%), Raps (-1%), Kartoffeln (-5%), Futterrüben (-7%) und Klee (-5%) angebaut als 1962. Die Verschiebungen im Getreideanbau gehen auf die ungewöhnliche Witterung im Herbst 1962 zurück. Im August brachte die Landwirtschaft um 7% weniger (im Juli und August zusammen um 13% mehr) Brotgetreide, um 2% mehr Milch und gleich viel Fleisch auf den Markt wie im Vorjahr. Die Milchlieferungen haben sich heuer vom Höchststand im Mai bis August um 13% verringert, gegen 11% im Durchschnitt 1957/61. Dadurch wurde der Milchmarkt, ähnlich wie 1962, entspannt. Um Exportzusagen ein-

halten zu können, wird Österreich in den nächsten Monaten rund 1.000 t Butter, großteils aus den USA, einführen. Von Oktober 1962 bis April 1963 wurden 1.574 t Butter in Schweden und den Niederlanden gekauft. Derzeit haben die meisten europäischen Länder geringe Buttevvorräte, eine Folge der Trockenheit und der Verknappung an Grünfütter im letzten Sommer.

Landwirtschaft

	Juli	1963	August
	Veränderung gegen das Vorjahr		
	%		
Brotgetreide	+ 972,5		- 6,7
Milch	+ 0,8		+ 1,6
Fleisch	- 5,2		+ 0,4

Die Nachfrage nach *Energie* war im August insgesamt um 8% höher als im Vorjahr. Besonders Strom (+ 11%, ohne Pumpstrom + 7%) und Kohle (+ 13%) wurden in größeren Mengen bezogen. Dagegen erreichte der Absatz von Erdölprodukten (+ 6%) nicht die hohen Zuwachsraten der Vormonate, da Vorräte abgebaut wurden. Es wurde mehr Benzin (+ 2%) und Heizöl (+ 15%), aber weniger Dieselöl (- 5%) und Petroleum (- 6%) gekauft. Um den Mehrbedarf an Energie decken zu können, mußten die Exporte gedrosselt und die Importe erhöht werden. Das heimische Energieaufkommen war wegen des geringen Wasserstandes der Flüsse um 1% niedriger als im Vorjahr. Die heimische Elektrizitätswirtschaft gewann um 12% weniger Strom aus Wasserkraft. Obwohl die kalorischen Werke (+ 42%) verstärkt eingesetzt wurden, war die gesamte Stromerzeugung (öffentliche Versorgung einschließlich Industrieinspeisung) um 5% niedriger. Kohle wurde um 11% mehr, Erdöl und Erdgas um je 5% mehr gefördert als im August 1962.

Energieverbrauch

	Juli	1963	August
	Veränderung gegen das Vorjahr		
	%		
Kohle	+ 4,7		+ 13,4
Elektrizität ¹⁾	- 0,2		+ 3,1
Erdölprodukte	+ 17,1		+ 6,4
Erdgas	+ 3,2		+ 5,3
Insgesamt	+ 6,6		+ 8,1

¹⁾ Wasserkraftstrom.

Der Einzelhandel schnitt im August besser ab, als saisongemäß zu erwarten war. Seine Umsätze¹⁾

¹⁾ Mit dem vorliegenden Monatsbericht wird der bisher in der laufenden Konjunkturbeobachtung verwendete Index der Einzelhandelsumsätze, den das Institut seit 1956 berechnet

nahmen um 10% zu, gegen nur 1% im Durchschnitt der Vorjahre, obwohl der August heuer einen Verkaufstag weniger hatte als der Juli. Verglichen mit dem Vorjahr wurde bei gleicher Zahl von Verkaufstagen und einem zusätzlichen Verkaufssamstag um 10% (real etwa 9%) mehr verkauft. Auch im Durchschnitt der Monate Juli und August wurden höhere Zuwachsraten (9%, real etwa 8%) erzielt als im 1. Halbjahr (7%, real 4%). Die Belegung der Konsumentennachfrage seit dem Frühjahr hält somit an und scheint sogar stärker zu werden.

Ähnlich wie im Durchschnitt der Vormonate gingen auch im August kurzlebige Güter besser als langlebige. Die Umsätze von dauerhaften Konsumgütern waren um 7% (real etwa 4%), die von nicht-dauerhaften aber um 11% (10%) höher als im Vorjahr. Lebensmittel wurden um 11% (real etwa 10%), Bekleidungsartikel um 10% (8%), Tabakwaren um 6% (5,5%) mehr verkauft. Von den dauerhaften Konsumgütern erzielten nur Hausrat und Artikel des Wohnbedarfes höhere (+ 11%), die übrigen (Uhren und Schmuckwaren) aber niedrigere oder nur annähernd gleich hohe Umsätze (Bücher, Fahrräder, Nähmaschinen und Zubehör).

Einzelhandelsumsätze

	Juli	1963	August
	Veränderung gegen das Vorjahr		
	%		
Kurzlebige Güter	+ 8,3		+ 10,6
Langlebige Güter	+ 7,4		+ 7,4
Insgesamt	+ 8,2		+ 10,2

Im Außenhandel waren bisher die Importe weit stärker gestiegen als die Exporte. Im August kehrte sich das Verhältnis um. Die *Ausfuhr* sank um 7% auf 2.704 Mill. S, schwächer als saisonüblich zu erwarten war. Verglichen mit dem Vorjahr wurde um 7% mehr exportiert, gegen nur 3% im Durchschnitt der ersten sieben Monate. Das günstige Monatsergebnis war hauptsächlich Mehrexporten von verschiedenen Rohstoffen (Erze, Schrott, Papierzeug, Spinnstoffe) Maschinen und Verkehrsmitteln sowie von „sonstigen Fertigwaren“ zu danken. Die Ausfuhr dieser Waren war um 203 Mill. S (28%) höher als im Vorjahr. Dagegen erlitten einige wichtige Exportprodukte weitere Rück-

nahmen, durch einen neuen ersetzt. Der neue Index wurde bis 1958 zurückgerechnet. Für die Jahre 1954 bis 1957 werden auch künftig die Ergebnisse des alten Index verwendet werden. Einzelheiten über die Berechnungsmethode und die Ergebnisse des neuen Index sind der Beilage Nr. 73 zu den Monatsberichten des Institutes „Indizes der Umsätze und Wareneingänge im Einzelhandel“ zu entnehmen.

schläge. Der Holzexport (besonders in die EWG) wird durch osteuropäische und skandinavische Konkurrenz beeinträchtigt. Nach einer leichten Belebung seit dem Frühjahr ging er im August um 26% auf 251 Mill. S zurück und war um 3% niedriger als im Vorjahr. Gleichzeitig ließ die Marktschwäche die Eisen- und Stahlausfuhr stärker sinken (um 12% gegen Juli und um 14% gegen das Vorjahr). Die Viehexporte nach Italien mußten zugunsten der heimischen Versorgung eingeschränkt werden und waren nicht einmal halb so hoch wie im Durchschnitt des 1. Halbjahres. Dadurch sank der Anteil der Nahrungsmittel am Gesamtexport von 6% im I. Halbjahr auf 4%. Die regionalen Exportströme verschoben sich wie bisher zugunsten der EFTA (mit Finnland). Sie bezog um 16%, die EWG um 2% mehr österreichische Waren als im Vorjahr. Der Anteil der EFTA am Gesamtexport betrug 16,2% (im Durchschnitt 1962 15,9%), der Anteil der EWG 49,5% (50,0%).

Die *Einfuhr* sank im August um 9% auf 3.327 Mill. S. Verglichen mit dem Vorjahr war sie nur um 2% höher, gegen 8% im I. Quartal und 13% im II. Quartal. Der Importrückgang betraf hauptsächlich die Gruppe „Maschinen und Verkehrsmittel“. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr sank auf 26%, den niedrigsten Stand seit September 1960. Infolge der stagnierenden Investitionstätigkeit der Industrie wurden weniger Maschinen (—13%) und elektrotechnische Erzeugnisse (—7%) aus dem Ausland bezogen, die Einfuhr von Verkehrsmitteln war sogar um ein Drittel niedriger als im Juli. Ferner sanken die Importe von chemischen Produkten (—16%), Halb- und Fertigwaren (—8%) sowie Nahrungsmitteln (—10%). Nur einzelne Waren (z. B. Spinnstoffe, Erze, Schrott, mineralische Brennstoffe) wurden in etwas größeren Mengen eingeführt als im Juli. Die Einfuhr verlagerte sich stärker als die Ausfuhr zugunsten der EFTA. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr erreichte im August 14,4% (im Durchschnitt 1962 13,2%), der Anteil der EWG 57,3% (59,2%). Besonders Halb- und Fertigwaren, Rohstoffe sowie Maschinen und Verkehrsmittel werden mehr als im Vorjahr aus der EFTA bezogen.

Außenhandel

	Juli		August	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
Ausfuhr	2.902	+ 2,5	2.704	+ 7,0
Einfuhr	3.649	+ 6,5	3.327	+ 2,1
Handelsbilanz	—747	+ 26,0	—623	—14,8

Der *Fremdenverkehr* war wie im Juli auch im August verhältnismäßig lebhaft. Es wurden 11,3

Mill. Übernachtungen von Ausländern gezählt, um 10% mehr als im Vorjahr. Die Devisenerlöse erreichten 2.007 Mill. S (+22%). Nach Abzug von 391 Mill. S (+22%) Devisen für Auslandsreisen von Österreichern verblieben netto 1.615 Mill. S, um 297 Mill. S (22,5%) mehr als im Vorjahr. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen nächtigten in der Sommersaison (von Mai bis August) um 7,5% mehr Ausländer in Österreich als 1962. Die Zuwachsrate war zwar geringer als im Vorjahr (+22%), aber nach wie vor höher als in den Nachbarländern Schweiz, Italien und Deutschland. Mehr Übernachtungen als im Vorjahr wurden vor allem bei Gästen aus Italien (+32%) und Holland (+24%) verzeichnet. Die Zahl der deutschen Besucher, auf die 80% aller Nächtigungen entfielen, nahm um rund 6% zu.

Obwohl der Einfuhrüberschuß im August mit 623 Mill. S niedriger war als im Vorjahr und viel mehr Devisen aus dem Fremdenverkehr eingingen, wuchsen die *valutarischen Bestände* der Notenbank im August nur um 882 Mill. S (im Vorjahr um 1.213 Mill. S). Im September war der Devisenzustrom saisonbedingt schwächer (+184 Mill. S). Das aus den Devisenkäufen der Notenbank stammende zusätzliche Notenbankgeld wurde wie stets im Sommer nur zu einem geringen Teil von der Wirtschaft in Form von Bargeld beansprucht. Der Banknotenumlauf nahm im August nur wenig zu, im September sank er saisongemäß. Der Kreditapparat erhielt dadurch zusätzliche flüssige Mittel. Seine Nettoguthaben bei der Notenbank wuchsen in beiden Monaten um 642 Mill. S und 659 Mill. S; sie waren Ende September mit 7,4 Mrd. S um 1,5 Mrd. S höher als im Vorjahr. Die Überschussreserven laut Mindestreservenvorschrift erreichten im August fast 2,6 Mrd. S. Die Liberalisierung von Geldmarkttransaktionen ermöglicht es den Kreditunternehmen, überschüssige flüssige Mittel kurzfristig im Ausland anzulegen und verringert damit den Druck auf das heimische Zinsgefüge. Andererseits engt der zunehmende Kontakt mit den ausländischen Geldmärkten den Spielraum für eine „autonome“, den binnenwirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßte Notenbankpolitik ein. Die Kreditunternehmen können im Falle einer Liquiditätsknappheit auf ihre Auslandsguthaben zurückgreifen und sich kurzfristiges Geld im Ausland borgen.

Die inländischen Anlagen des Kreditapparates waren im August saisongemäß gering. Das *kommerzielle Kreditvolumen* stieg nur um 177 Mill. S (im Vorjahr war es sogar zurückgegangen), da die gewerbliche Wirtschaft in der Urlaubszeit wenig Krie-

dite aufnahm und die Landwirtschaft aus ihren Ernteerlösen Schulden tilgte. In Wertpapieren legten die Kreditunternehmungen per Saldo 15 Mill. S an. Den heimischen Anlagen von nur 167 Mill. S stand ein überraschend hoher Zuwachs an längerfristigen Fremdmitteln (824 Mill. S) gegenüber. Die Kreditunternehmungen erhielten per Saldo 92 Mill. S Termineinlagen (im Vorjahr wurden um 104 Mill. S mehr abgehoben) und konnten 106 Mill. S eigene Emissionen (50 Mill. S) verkaufen. Auf Sparkonten wurden 581 Mill. S eingelegt, um 56% mehr als im Vorjahr. Dank dem lebhaften Kontensparen in den letzten Monaten wurde der Rückstand vom Frühjahr mehr als aufgeholt. In den ersten acht Monaten war der Spareinlagenzuwachs um 1/4 Mrd. S höher als im Vorjahr.

Der *Anlagemarkt* blieb auch im September freundlich. Das Kursniveau für festverzinsliche Wertpapiere blieb nahezu unverändert (+ 0,2%), die Umsätze gingen infolge des geringen Angebotes zurück. Auf dem *Aktienmarkt* belebten sich die Kurse im September (+ 0,7%), sanken aber in der ersten Oktoberhälfte neuerlich um 1,4%. Ende September wurde 1 Mrd. S Nominale der Bundesanleihe 1963 zur allgemeinen Zeichnung aufgelegt, eine Sondertranche von 250 Mill. S (Ausgabe B) übernahm der Kreditapparat allein. Die Bundesanleihe 1963 ist (abgesehen von den besonders kurzlaufenden Anleihen des Hochwasserschädenfonds) die erste Anleihe seit 1959 mit 6 1/2%iger Nominalverzinsung. Der Bund allein (ohne Fonds) hat damit 1963 insgesamt 2 Mrd. S Inlandsanleihen aufgenommen, dürfte aber zur Deckung des Budgetdefizites noch weitere Mittel benötigen. Obschon der Markt gegenwärtig und vermutlich auch in naher Zukunft dank der Geldflüssigkeit im Inland und der zunehmenden internationalen Freizügigkeit von Kapital mehr Staatspapiere aufnehmen kann als in den letzten Jahren, sind einer Zunahme der Staatsverschuldung auf kurze Sicht dennoch verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Die finanztechnischen Probleme des Budgets 1964 sollten daher ebenso aufmerksam geprüft werden wie seine allgemeinen ökonomischen Aspekte (Auswirkungen auf Preisniveau, Zahlungsbilanz und Wirtschaftswachstum).

Das *Preisniveau* zog im September merklich an. Der Verbraucherpreisindex für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte stieg um 1,1% auf 114,6 (1958 = 100). Von der Verteuerung entfiel etwa die Hälfte auf die Erhöhung der amtlich geregelten Preise für Schwarzbrot, Mehl und Grieß. Außerdem wurden verschiedene andere Waren (z. B. Kaffeemittel, Kohle und Bekleidung) teurer. Der

Aufwand für Saisonprodukte blieb nahezu unverändert (auf Grund der Saisonenerfahrungen in den letzten Jahren hätte er leicht sinken müssen), da Verbilligungen von Kartoffeln und Obst durch Verteuerungen von Gemüse und Eiern ausgeglichen wurden. Verglichen mit dem Vorjahr war der Verbraucherpreisindex insgesamt um 2,9%, ohne Saisonprodukte aber um 4,0% höher. Damit dürfte die Teuerungswelle zunächst ihren Höhepunkt erreicht haben, obschon verschiedene Preiskorrekturen noch zu erwarten sind. Anfang November sollen Semmeln um 9% teurer werden, den Erzeugern lohnintensiver Eisen- und Metallwaren wurden Preiserhöhungen um 2% bis 4% zugestanden.

Die *Lohnbewegung* hielt an. Im September erhielten die Arbeiter in der Holzverarbeitung (Industrie und Gewerbe) um 8% bis 12%, Mitte Oktober die Arbeiter in der Textilindustrie um 8% höhere Kollektivvertragslöhne (die Ist-Löhne stiegen um 3% bis 7%). Die Mindestgrundgehälter verschiedener Gruppen von Industrieangestellten, die bei der allgemeinen Erhöhung im Oktober 1962 nicht berücksichtigt worden waren, wurden in den Monaten Juni bis Oktober um 5% bis 21%, die Grundgehälter für Gewerbeangestellte im Juli um 7% hinaufgesetzt. Die Bezieher von Mindestrenten erhalten rückwirkend ab September um 10 S bis 15 S höhere Ausgleichszulagen pro Monat, die Kinderbeihilfen sollen um 5 S erhöht werden. Mehrere wichtige Lohnforderungen sind noch offen (Arbeiter in der chemischen und erdölverarbeitenden Industrie, Handelsangestellte). Die Bundesbediensteten fordern mit Anfang 1964 eine weitere Erhöhung ihrer Bezüge um 5% auf insgesamt 12% (nicht wie vorgesehen um 2% auf insgesamt 9%). Der Index der Arbeiter-Nettotariflöhne stieg von August auf September wegen höherer Mindestlöhne für Bäcker und Brauereiarbeiter um 0,6% (ohne Kinderbeihilfen) und war um 5,7% höher als im Vorjahr. Die tatsächlichen Verdienste der Wiener Arbeiter (brutto, ohne einmalige Zulagen) überschritten im Durchschnitt der Monate Juli und August den Vorjahresstand nur um 4,2% und 5,3% (je Woche und Stunde), dürften aber im Herbst kräftig gestiegen sein.

Preise und Löhne

	August	September
	1963	
	Veränderung gegen das Vorjahr	
	%	
Großhandelspreisindex	- 6,0	- 4,5
Verbraucherpreisindex I. mit Saisonprodukten	+ 1,9	+ 2,9
ohne Saisonprodukte	+ 3,0	+ 4,0
Tariflöhne, Wien ¹⁾	+ 5,4	+ 5,9
Arbeiter-Wochenverdienste Wien ¹⁾	+ 2,6	

¹⁾ Netto, einschl. Kinderbeihilfen

Die Sozialpartner, vertreten durch die Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, des Gewerkschaftsbundes, des Arbeiterkammertages und der Landwirtschaftskammern, haben nach eingehenden Besprechungen am 21. Oktober endgültig die Bildung eines *Wirtschafts- und Sozialpolitischen Beirates* (als dritte Unterkommission) der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission beschlossen. Die vier großen Interessenverbände haben bereits je zwei ständige Vertreter für den Beirat ernannt, seine Mitglieder werden halbjährig abwechselnd den Vorsitz führen. Außerdem wurden zwei Geschäftsführer bestellt. Schon in der ersten Sitzung wurden dem Beirat eine Reihe von Aufgaben gestellt: Ermittlung verlässlicher Grundlagen für die Beurteilung des voraussichtlichen Wachstums der Wirtschaft, Untersuchungen über ein längerfristiges Budgetkonzept, über die Voraussetzungen eines funktionsfähigen Kapitalmarktes, über die Entwicklung der Preise auf wichtigen Gebieten der Wirtschaft, Analysen der Zusammenhänge zwischen Lohn-Preis-Politik einerseits, Währungsstabilität andererseits. Die Arbeiten und Vorschläge des Beirates sollen die Grundlage für Empfehlungen der Paritätischen Kommission an die Bundesregierung bilden. Die Präsidenten der vier Interessenverbände werden regelmäßig zusammentreten, sich über den Fortgang der Arbei-

ten berichten lassen und gegebenenfalls weitere Arbeiten in Auftrag geben.

Der Wirtschafts- und Sozialpolitische Beirat könnte ein wertvoller Helfer der Wirtschaftspolitik werden, wenn er nicht nur darauf bedacht ist, Kompromisse zwischen gegensätzlichen Interessen zu finden und ad hoc Stellungnahmen zu jeweils aktuellen wirtschaftspolitischen Tagesfragen abzugeben, sondern wenn er sich gleichzeitig bemüht, die Voraussetzungen für eine wissenschaftlich fundierte Wirtschaftspolitik zu schaffen. Dazu gehört vor allem der schrittweise Ausbau der statistischen Grundlagen, die Entwicklung von statistischen und analytischen Hilfsmitteln zur Durchleuchtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge (z. B. vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Geldstromanalyse usw.) und die Erziehung von geschulten Ökonomen, die in den gleichen Kategorien denken und eine gemeinsame Fachsprache pflegen. Die Entwicklung eines neuen Stils der Wirtschaftspolitik braucht Zeit und läßt kurzfristig keine spektakulären Erfolge erwarten. Auf längere Sicht könnte jedoch eine sachliche Fundierung der Wirtschaftspolitik entscheidend dazu beitragen, die wirtschaftlichen Prozesse besser als bisher zu beherrschen und die allgemein anerkannten gesamtwirtschaftlichen Ziele in höherem Maße zu verwirklichen.